

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Einzelhefte zu 40 Pf. Bestellungen unter Nr. 6482.

# Der Proletarier

Kuzelgepreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Heftzelle. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 858 13, Postamt Hannover.

Verlag von A. Drey, Druck von E. S. Mellies & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Rieman, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitr. 7. 2. St. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

### Der erhöhte Beitrag

tritt am 1. Juli 1926 in Kraft; der 27. Wochenbeitrag muß mit neuen Marken quittiert werden. Über die Notwendigkeit der Beitragserhöhung besteht wohl kein Streit. Gegen drei Stimmen hat der Verbandsrat auf seiner Tagung vom 25. und 26. April 1926 beschlossen:

Vom 1. Juli 1926 an wird neben dem Verbandsbeitrag ein laufender Kampfbeitrag erhoben. Die Quittierung des Kampfbeitrages erfolgt mit dem Verbandsbeitrag zusammen durch eine Einheitsmarke.

Der Kampfbeitrag Scheitert bei der Berechnung der Unterfraktionen aus. Seine Erhebung erfolgt nach folgenden Sätzen:

Verbandsbeitrag	Kampfbeitrag	Zusammen
30 Pf.	5 Pf.	35 Pf.
40 .	5 .	45 .
50 .	5 .	55 .
60 .	10 .	70 .
70 .	10 .	80 .
80 .	10 .	90 .
90 .	10 .	100 .
100 .	10 .	110 .
120 .	10 .	130 .
140 .	20 .	160 .
160 .	30 .	190 .
180 .	40 .	220 .
200 . und mehr	50 .	250 . und mehr

Wer von unseren Mitgliedern sich noch im Zweifel sein sollte über die unbedingte Notwendigkeit erhöhter Verbandsbeiträge, der lese sich den Artikel „Das Verbandsjahr 1925“ in der heutigen Nummer des „Proletarier“ an. Insbesondere die Steigerung der Ausgabenposten für das Unterfraktionswesen. Das Studium dieser Zahlen wird bei jedem Mitglied die Überzeugung auslösen, daß bei den selbsterhaltenen Beiträgen unmöglich die statutarischen Unterfraktionsleistungen weiter hätten aufrechterhalten werden können. Deshalb mußten ja auch Extrabeiträge erhoben werden. Mit Genugtuung kann aber auch festgestellt werden, daß von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Mitgliedschaft ohne Widerstreben ihre Pflicht erfüllt hat. Das zeugt von hoher Einsicht, von klarer Erkenntnis der Lage und von Pflichtgefühl und Opfermut. Aus dieser Tatsache darf man auch die Schlussfolgerung ziehen, daß unsere Mitglieder den Beitragskassierern ihr Amt nicht erschweren, wenn sie in der 27. Woche mit den neuen Marken kommen. Das kleine Opfer, das ihr bringt, es wird für euch und eure kämpfenden und erwerbslosen Kollegen und Kolleginnen gebracht.

„Laß die schwerste Pflicht die die heiligste Pflicht sein!“

### Die Glasarbeiter stimmen für die Errichtung des Keramischen Bundes.

Vom 7. bis 10. Juni 1926 fand in Götting der Verbandstag der Glasarbeiter statt. Nur zwei Punkte enthielt die Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht und 2. Verschmelzungsfrage.

Außer Vorstand und Delegierten waren vom ADGB der Vorsitzende Graßmann, vom Verband der Fabrikarbeiter Kollegen Thiemig und Elzner und vom Porzellanarbeiterverband Kollege Wollmann anwesend.

Da der 2. Punkt der Tagesordnung alle Delegierten beherrschte, konnte der Vorstandsbericht in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt werden. Der bisherigen Tätigkeit des Vorstandes wurde zugestimmt. Am zweiten Tage stand bereits die Verschmelzungsfrage zur Debatte.

Der zweite Vorsitzende des Glasarbeiterverbandes, Kollege Graßmann, behandelte in großartiger und eingehender Weise die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Verschmelzungsfrage und empfahl zum Schluß seiner Ausführungen warm den Anschluß an den Verband der Fabrikarbeiter und die Errichtung des Keramischen Bundes. Das fast dreistündige Referat fand stürmischen Beifall. Vergebens bemühte sich der Korreferent, Konleiter Wollmann, den Eindruck der Ausführungen Gränzels abzuschwächen. Der Widerspruch großer Teile der Delegierten bewies, daß die Glasarbeiter die Verschmelzung wollen.

Genosse Graßmann als Vertreter des ADGB empfahl ebenfalls den Anschluß als das Gegebene.

Unser Verbandsvorsitzender, Kollege Thiemig, nahm gleichfalls zur Verschmelzungsfrage Stellung und legte den Delegierten den Wert der Verschmelzung dar, die im Laufe der Zeit auch im Interesse der Glasarbeiter zur zwingenden Notwendigkeit geworden ist. Auch der Vorsitzende des Porzellanarbeiterverbandes, Kollege Wollmann, betonte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses und brachte seine Überzeugung dahingehend zum Ausdruck, daß gar kein Zweifel bestehen kann, daß Porzellan- und Glasarbeiter der Verschmelzung zustimmen werden.

Zahlreich war die Beteiligung der Delegierten an der Debatte. Fast ausnahmslos vertraten diese die Ansicht, daß es hohe Zeit sei, dem geschlossenen Unternehmertum eine geschlossene Arbeiterschaft gegenüberzustellen. Die Konzentration der Unternehmer verlangt engsten Zusammenschluß aller Glas- und Keramarbeiter. Nach zweitägiger Debatte wurde die namentliche Abstimmung vorgenommen.

Mit 85 gegen 17 Stimmen wurde die Verschmelzung beschlossen durch Annahme nachfolgender:

#### Entschließung zum Punkt 2 der Tagesordnung betr. Verschmelzung.

Um eine größere Konzentration der Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen, hält die 15. ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Glasarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands die Gründung des Keramischen Bundes innerhalb einer größeren Organisation für erforderlich. Der Hauptvorstand wird dabei beauftragt, sofort nach erfolgter zusagender Entscheidung des Porzellanarbeiterverbandes den Übertritt unserer Organisation in den Keramischen Bund und damit zum Fabrikarbeiterverband zu vollziehen.

Die Mitglieder des Zentralverbandes der Glasarbeiter verpflichten sich, geschlossen den Übertritt zu vollziehen und jede Zerspaltung in den eigenen Reihen zu vermeiden.

Die dringende Bitte richtet der Verbandstag an die Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes, im gleichen Sinne zu handeln. Geschieht dies, werden Glas-, Keramik- und Porzellanarbeiter im Keramischen Bund ein starkes Schwab- und Trußbündnis bilden.

Der Verbandstag verlangt, daß die in den Grundlagen und Satzungen zum Keramischen Bund festgelegten Bestimmungen, wonach die jetzigen Vertreter der Glasarbeiter und der Porzellanarbeiter das Recht haben, selbständig die Berufsinteressen ihrer Berufsangehörigen zu vertreten, dauernd aufrecht erhalten werden.

Für den Fall, daß in der Urabstimmung des Porzellanarbeiterverbandes eine Ablehnung des Keramischen Bundes erfolgen sollte, kann nach dem Gange der bisherigen Verhandlungen und der Stellungnahme des ADGB ein alleiniger Anschluß unserer Organisation an den Fabrikarbeiterverband zur Zeit nicht erfolgen. Ergeben sich jedoch weitere Verhandlungsmöglichkeiten mit dem Ziel der baldigen Errichtung des Keramischen Bundes, sollen diese energig gefördert werden.

Soweit die Porzellanarbeiter in Frage kommen, befinden sich auch diese in der Urabstimmung, und dürfte dieselbe ohne Zweifel eine Mehrheit für die Verschmelzung ergeben.

Der Keramische Bund wird somit Wirklichkeit werden und alsbald in Tätigkeit treten, zum Schab und Truß aller Glas- und Keramarbeiter.

### Das Verbandsjahr 1925.

#### 2. Das Finanzwesen.

Im vorjährigen Jahresbericht hatten wir keine Vergleichsmöglichkeit für die Einnahmen und Ausgaben, denn das Jahr 1923 war bekanntlich das schwerste Inflationsjahr, das wir kennengelernt haben. Wir mußten das letzte Normaljahr, das Jahr 1913, heranziehen, um an diesem die Finanzentwicklung des Jahres 1924 abzuwägen zu können. Dieses Mal sind wir in einer glücklicheren Lage, die letzten beiden Jahre sind wieder vergleichbar. Um es gleich vorweg zu sagen: Die finanzielle Entwicklung stellt unserer Mitgliedschaft ein gutes Zeugnis aus. Gewiß gibt es immer noch Orte, in denen man höhere Beiträge fürchtet, wie der Teufel das Weihwasser, aber im allgemeinen hat die Mitgliedschaft die Erfordernisse der Zeit erfüllt und entsprechend gehandelt.

Wie die beiden letzten Jahre sich für uns finanziell zeigen, ergibt sich aus dieser Zusammenstellung:

	1924	1925
Einnahmen aus Beiträgen	5 341 751,75	8 446 154,68
Sonstige Einnahmen	153 105,68	5 1 072,45
Kassenbestand vom Vorjahr	156 456,23	800 335,42
	5 651 313,66	9 897 612,55

Die Haupteinnahmen können für eine gewerkschaftliche Organisation selbstverständlich nur aus Mitgliederbeiträgen fließen. Es ist ja bei uns nicht wie bei den russischen Gewerkschaften, die aus Staatsmitteln subventioniert werden, oder wie beim christlichen Landarbeiterverband, der von den Unternehmern etwas in die Hand gedrückt bekommt.

Fast 8 1/2 Millionen Mark haben die Beiträge gebracht, das ist gegen das Jahr 1924 eine Mehreinnahme aus Beiträgen von 3 Millionen Mark. Auch die sonstigen Einnahmen sind etwas höher geworden, desgleichen der vom Vorjahr übernommene Kassenbestand. Insgesamt betragen die Mehreinnahmen 4 156 298,89 Mk. oder 73,54 Prozent.

Der Mitgliederzuwachs konnte diese Mehreinnahmen allerdings nicht bringen, vielmehr war es die fortgesetzt besser werdende Beitragszahlung, sowohl bezüglich der Höhe als auch der pro Mitglied geleisteten Zahl der Beiträge. Im Berichtsjahr wurden 15 910 571 Marken umgekehrt, gegen 1924 ist das ein Mehr von 1 534 515 Marken. Pro Kopf wurden umgekehrt im Berichtsjahr 46,31 Marken, gegen 36,41 im Jahre 1924. Aber auch nur, so war es möglich, die Aufgaben zu erfüllen, die der Verband übernommen hatte. Bekanntlich hatten wir in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres schwere Kämpfe zu führen, die enorme Mittel erforderten. Außerdem haben die sonstigen Unterfraktionsleistungen des Verbandes infolge der Auswirkungen der Krise gewaltige Summen verschlungen. Die soziale Wirkung dieser Beiträge ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Nachfolgend stellen wir die für Unterfraktionszwecke aufgewendeten Beiträge den beiden letzten Jahren gegenüber.

	1924	1925
an Arbeitslose	520 612,60	821 461,76
an Reisende	1 877,64	2 044,10
an Kranke	406 228,96	1 067 706,23
Rechtschutz	16 172,58	19 055,95
Gemahregelunterstützung	11 118,28	9 932,80
Unzugewand	7 683,10	14 165,19
Sterbegeld	83 160,19	113 740,29
Notlage-Unterstützung	39 722,80	15 836,45
Streikunterstützung	762 423,40	2 329 301,09
	1 848 999,55	4 993 933,86

Der an Arbeitslose gezahlte Betrag ist um über 300 000 Mark gestiegen. Prozentual stark, wenn auch absolut weniger ins Gewicht fallend, hat sich der an reisende Mitglieder ausgezahlte Betrag erhöht, dagegen ist die als Krankengeld ausgezahlte Unterstützung um 661 477,27 Mark oder um 162,83 Prozent emporgeschossen. Ob die Organisation bei den ihr auch ferner bevorstehenden schweren Wirtschaftskämpfen auf die Dauer eine solche Belastung ohne Gefahr für die Kampffähigkeit ertragen kann, ist ernstlich zu erwägen. Die Auswirkung der vom 1. Juli dieses Jahres zu erhebenden höheren Beiträge wird darüber schon einige Klarheit bringen. Es ist zu beachten, daß bereits das erste halbe Jahr ins Land gegangen ist, ohne daß man von einem nennenswerten Nachlassen der Krise reden kann. Trotzdem kann die Organisation sich gratulieren, daß sie diese schwere Belastung ertragen hat, ohne die statutarischen Unterfraktionsleistungen zu kürzen. Gewiß erwarten wir alle eine Besserung der Existenzmöglichkeit unserer Mitglieder wie der Arbeiterschaft überhaupt. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß das freie Spiel der Kräfte des Liberalismus nicht mehr existiert, daß Kartelle und Truffs über die Lebensmöglichkeit weiter Kreise entscheiden. Wenn diese Truffsteiler, die Preisdiktatoren, darunter in erster Linie die Banken und die Bodenbesitzer, uns die Gurgel zuziehen können und werden wir nicht stillhalten. Und eines Tages kann sehr wohl der Rotschrei erklingen: „Wirtschaftsführer“, laßt uns Luft zum Leben, oder . . . !

Auch die Ausgaben für Rechtschutz sind höher geworden, ein Beweis verschärften Klassenkampfes. Ganz enorm sind die Ausgaben für Streiks und Lohnbewegungen angewachsen. Hier beträgt die Steigerung über 1 1/2 Millionen Mark oder genau 1 566 877,69 Mark, das sind 205,51 Prozent. Wer da noch sagen wollte, unserer Organisation fehlen die Merkmale einer Kampforganisation, der müßte ein Schwächer oder ein Quersulant sein. Ganz abgesehen davon, daß Streiks nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sind.

Aus den bis jetzt gemachten Darlegungen ergibt sich schon, daß auch die Gesamtausgaben über die des Jahres 1924 hinausgehen müssen. Das ist auch der Fall. Die folgende Tabelle gibt uns Aufschluß über die wichtigsten Ausgabenposten, in denen auch die Ausgaben für untergeordnete oder verwandte Beträge enthalten sind.

Die Gesamtausgaben betragen:

	1924	1925
Für Unterfraktionen aller Art	1 848 999,55	4 993 933,86
Als Anteil der Zahlstellen	1 755 623,71	2 788 817,32
Für Agitation	274 079,16	404 792,19
Druck und Versand des „Proletarier“	181 993,68	248 549,42
Schulwesen	—	47 045,56
Gehälter und Versicherungsbeiträge	140 246,24	210 188,94
Gewerkschaften für Sitzungen, Konferenzen, Verbandslag, Manfoggeld usw.	20 233,81	141 731,96
Lohnverhandlungen	39 976,34	40 292,68
Druckkosten und Buchbinderarbeiten	19 452,30	64 335,75
Büroausstatt., Möbel, Materialien usw.	24 954,96	41 409,91
Zeitung, Bücher und Honorar	4 641,51	15 044,31
Als Rückzahlung, Zuschuß oder Darlehen an die Zahlstellen	274 601,12	150 721,75
Warto, Telefon und sonstige Ausgaben	29 827,65	28 747,59
Beiträge an Gewerkschaftsbund und Fabrikarbeiter-Internationale	76 482,69	292 594,10
An dem Vermögensbestand	—	939 496,21
	4 682 116,22	9 897 612,55



Für Unterstufungen aller Art sind mehr ausgegeben 2 544 934,34 Mark oder 137,10 Prozent. Daß auch die Anteile der Jahrestellen um über eine Million Mark angewachsen sind, erklärt sich aus den erhöhten Einnahmen aus Beiträgen. Eine intensivere Agitation erforderte naturgemäß auch hierfür mehr an Mitteln. Die Kosten für den „Proletarier“ mußten naturgemäß steigen mit der Möglichkeit seines regelmäßigen vierseitigen Erscheinens. 1924 konnten wir bis Mai den „Proletarier“ nur zweiseitig herausbringen. Neu ist der Beitrag für Schulwesen. Es handelt sich bei diesem Posten um die Kosten für unsere Schüler an der Akademie in Frankfurt, an den Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf, an der Heimvolkshochschule in Litz und an unseren eigenen vom Verbande eingerichteten Schulungskursen. Die Ausgaben für Sitzungen, Konferenzen usw. sind nicht vergleichsfähig, da ja die Summe jeweils sich ändert, wenn der Verbandstag oder der Gewerkschaftskongress tagt — beide fanden 1925 statt — oder wenn der Beitrag einmal oder zweimal oder auch nicht zusammenkommt. Daß die Ausgaben für notwendige Tarifverhandlungen sich stark erhöhten, lag weniger an uns, als an den Unternehmern und ihren Verbänden. Welche waren bestrbt, das Ertrugene zu befestigen, was ihnen jedoch nur zum Teil gelungen ist. Eine ganze Anzahl der nachfolgenden Posten erscheint 1925 deshalb in höheren Beträgen, weil der Verband 1924 manches Nöwendige aus Mangel an Mitteln unterlassen mußte. Unter Beiträgen an Gewerkschaftsbund und Fabrikarbeiter-Internationale sind auch Streckgelder an ausländische Bruderverbände enthalten. Wer sich über die Details der Ausgaben näher unterrichten will, der muß das Jahrbuch zur Hand nehmen.

Sehr oft erheben Gehe, Unternehmerpresse, ja mitunter sogar „Freunde“ in den eigenen Reihen den Vorwurf, es würde zu viel für Gehälter ausgegeben. Dieser Ledenhüter ist so alt wie die Gegner der freien Gewerkschaften. Nachstehend sei nachgewiesen, wie sich die Ausgaben der Hauptkassen im Prozentverhältnis auf die verschiedenen Ausgabenbeträge verteilen:

**Von den Gesamteinnahmen entfielen an Ausgaben in Prozent auf**

	1913 Proj.	1924 Proj.	1925 Proj.
Streit- und Gehaltsregeln-Unterstützung	19,1	14,9	27,7
Arbeitslosen- und Reise-Unterstützung	10,4	9,7	9,8
Kranken-Unterstützung	23,4	7,5	12,6
Sterbegeld	2,8	1,5	1,3
Rechtschutz	0,2	0,3	0,2
Umsatz	0,8	0,1	0,15
Unfallhilfe	0,1	0,09	0,30
Proletarier, Druckverband	2,8	3,3	2,94
ADGB	0,6	1,2	1,2
Gehälter und Assistenz-Hauptvorstand	1,3	2,1	2,2
Agitation	2,5	5,1	4,8
Konferenzen und Tarifverhandlungen	0,3	0,9	0,8
Sämtl. Ausgaben	1,7	1,3	1,7
Wirtschaftsschulen	—	—	0,5
Postlage	0,1	0,7	0,17
Anteile der Kassakassen	17,0	32,7	33,0

Unsere Funktionen für gut, sich diese Tabelle für Eventualfälle anzubewahren. Im allgemeinen sei zum Kassenschluß gesagt: Die Entwicklung unserer Finanzen ist nicht schlecht. Aber angesichts der Aufgaben, die auch in den kommenden Jahren an uns heranreifen, darf die Mitgliedschaft in der Beitragsfrage nicht kleinlich denken. Der Verband kann nur leisten, was die Mitgliedschaft leistet. Sind wir in diesem Gedankens mit unseren Mitgliedern einig, dann brauchen wir die kommenden Kämpfe nicht zu fürchten.

### Um die Unterstützung der Erwerbslosen.

Am 4. Juni verhandelte der Sozialpolitische Ausschuss wiederum über die Erwerbslosenfürsorge. Wie den Lesern des „Proletarier“ bekannt, ist vor der Vertagung des Reichstages in der Pfingstwoche nur eine kurzfristige Verlängerung des bestehenden Rechts erfolgt. Diese läuft mit diesem Monat ab. Kein Mensch kann verantworten, daß dann die Erwerbslosen vor einer ungewissen Unterstützungsbefreiung stehen, um so weniger, da ein Abwehen der Erwerbslosenfürsorge durchaus nicht zu beobachten ist. Die Dauer der Erwerbslosigkeit wächst. Die Zahl der Unterstützungsempfänger, die über 8 Monate Unterstützung bezieht, beträgt gegenwärtig annähernd 90 000. Welche Unsummen sozialer Verordnungen bergen diese Zahlen. Die Dauer des Unterstützungsbezuges ist in diesem Jahre auf neun Monate bemessen worden, kann aus naheliegenderweise, nicht in der Regel, auf 12 Monate ausgedehnt werden.

Für eine große Zahl von Arbeitern ist die Dauer der Bezugszeit sechs Monate geblieben. Von der Verlängerung der Bezugszeit blieben im allgemeinen ausgeschlossen: die Arbeiter in der Baukofferzeugung, die Bauarbeiter, die Gärtnerarbeiter, die Arbeiter in der Landwirtschaft und Hausangestellte. Die kürzere Dauer der Unterstützung sollte jedenfalls Anreiz für den Willen zur Arbeit geben. Der Wille, Arbeit zu bekommen, ist aber auch so vorhanden. Man nahm an, daß mit Beginn des Herbstes eine starke Steigerung des Beschäftigungsgrades eintreten würde. Dieses letztere ist aber durchaus nicht eingetroffen. Die Baukofferzeugung liegt fast am Anfang des Sommers, zum größten Teil fast, der höchste Stand, daß auch das Baugewerbe nicht zur Entfaltung einer nennenswerten Tätigkeit gekommen ist.

Der Verwahrungssatz der Arbeitsnachweise hat sich ebenfalls gegen die in einer früheren Sitzung des Ausschusses beschlossene Erhebung darüber, wie die geplante Einführung von Lohnkassen wirksam würde, erklärt, auch die von den freien Gewerkschaften entsandten Vertreter. Man befürchtet eine Herabsetzung. Die Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses wollen aber die Einführung von Lohnkassen nicht in Beratung nehmen, ohne die Möglichkeit zu haben, durch entsprechende Zusätze die wirtschaftlichen Folgen dieser Einführung abzumildern zu können. Eine Erhebung auf Grund probeweisener Berechnungen der Wirkungen des Lohnkassen-

### Gewerkschaftsmitglieder!

Immerhin sind Millionen deutscher Männer und Frauen haben im März 1923 den Völkerscheid über die endgültige Entscheidung der deutschen Nation getroffen. Mit dieser gewaltigen Willensäußerung hat das deutsche Volk zum ersten Male selbst die Initiative zur Entscheidung in einer Frage von weitestgehender Bedeutung ergriffen.

Es ist kein Zufall, sondern in der Geschichte des Kampfes um die Sicherung und den Ausbau der deutschen Republik begründet, daß der erste Akt unmittelbarer Völkerebene durch das Volk am den Sieg des Gebotens geht.

#### Völkerscheid nicht Fürstenscheid!

Die Fürsten selbst haben diese Entscheidung heraufbeschworen. In einer Zeit, in der Millionen deutsche Arbeitnehmer ohne Arbeit sind und von harten Unterstützungen leben müssen, in einer Zeit, in der viele Hunderttausende von Invaliden und sonstigen Sozialrentnern, Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen sich in Not befinden, nach einem Krieg, in dem Millionen deutsche Frauen und Mütter ihre Männer und ihre Söhne haben hergeben müssen, wollen die ehemalsigen deutschen Fürsten keinen anderen Weg.

#### Ihre Vaterlandsliebe

zu betätigen, als um ihres privaten Vorteils willen ungeheuerliche Ansprüche an Geld und Gut an den neuen Staat zu stellen.

Rein Wunder, daß die Fürsten mit diesen „Landesväterlichen“ Bestrebungen auf verständnisvolle Unterstützung aller jener Kräfte in Deutschland rechnen können, die noch immer darauf hoffen, eines Tages die verhasste Republik stürzen und ihre Diktatur an Stelle des demokratischen Staates setzen zu können. Von dieser Diktatur, deren Pläne in den letzten Wochen aufgedeckt wurden, bis zur Wiederaufrichtung der alten Fürstenherrschaft ist nur ein Schritt.

Inzwischen sollen den Fürsten Hunderte von Millionen deutschen Volkswormens als Warkgeld ausgezahlt werden.

Die Reparationszahlungen, an denen besonders das arbeitende Volk in den nächsten Jahren zu fragen haben wird, sind in den Augen der Monarchisten offenbar noch keine genügend schwere Belastung. Das deutsche Volk soll außerdem neue schwere Lasten in Form von

#### Reparationszahlungen an seine früheren Beherrscher

auf seine geduldigen Schultern nehmen. Das muß der Völkerscheid verhindern. Die Habgucht der deutschen Fürsten steht in umgekehrtem Verhältnis zu den Verdiensten, die sie sich um Land und Volk erworben haben. Die Glanzjahre seit dem Kriege sind die bitteren Folgen jener verheerenden Politik, deren verantwortliche Träger die Fürsten und ihre monarchistische Gesinnung gewesen sind.

Es gilt, das Recht des neuen Staates, das Interesse des Volksganzen zu verteidigen gegen die Anmaßung der Fürsten wie gegen die Pulshilfpläne der Monarchisten. Das ist die große Bedeutung des Völkerscheids am 20. Juni.

Die Entscheidung kann für die organisierten Arbeitnehmer in Stadt und Land nicht zweifelsfrei sein. Am 20. Juni gibt es nur eine Antwort auf die Forderung der Fürsten: Das einmütige „Ja“ aller Arbeiter, Angestellten und Beamten für die endgültigste Entscheidung.

Gewerkschaftsmitglieder! Unterstützt die Sammlungen für den Völkerscheid, jeder nach seinen Kräften. Eure Beiträge müssen den Weg zum Sieg bahnen.

Zum Sieg des freien Volkes über seine Unterdrücker.

Zum Sieg der deutschen Republik über ihre Feinde.

Der Wille des arbeitenden Volkes muß das Recht des neuen Staates bestimmen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner Freier Angestelltenbund.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

System in einem engeren Bezirk hält die Regierung in Gemeinschaft mit sachverständigen Statistiken nicht für hieb- und stichfest. Eine Erhebung über das gesamte Reichsgebiet würde in ihren Ergebnissen zuverlässigere Unterlagen bieten. Auch scheint die Befürchtung nicht unbegründet, daß nicht alle Länderregierungen die Erhebung fördern würden. Daher soll sie auf Grund einer gesetzlichen Bestimmung vorgenommen werden. Ein solches Gesetz muß daher rasch vorbereitet und verabschiedet werden.

Im Ausschuss unternahm der Regierungsvorsteher noch einmal den Versuch, ihn zur sofortigen Einführung des Lohnklassensystems zu bestimmen. Den schädlichen Wirkungen könne man begegnen, indem oben eine Klasse aufgebaut, in den unteren Klassen Familienzuschläge gewährt würden. Sicherheiten gegen Überschreiten der Löhne durch die Unterstützungen müßten aber gegeben werden bei Festsetzung einer Höchstgrenze etwa auf 75 Prozent des Lohnes. Eine solche Höchstgrenze sei in allen Ländern, in denen eine staatliche Erwerbslosenfürsorge besteht, mit Ausnahme Englands, festgesetzt. Das Überschneiden der Löhne gefährde die sozialen Grundsätze der Erwerbslosenfürsorge, weil sie die anti-soziale Gegenagitation fördere. Mit den sozialdemokratischen Mitgliedern des Ausschusses geht die Regierung darin einig, daß Ungewißheit über die Gestaltung der Erwerbslosenfürsorge bis in den Herbst hinein untragbar sei. Die Entscheidung des Ausschusses ging dahin, daß die Regierung schnellstens eine Vorlage bringen solle. Von sozialdemokratischer Seite wurde zu dieser Vorlage gefordert: Verlängerung der Unterstützungsdauer, Verringerung der Wartezeit für Kurzarbeiter-Unterstützung, gleiche Unterstützungsdauer für alle Arbeitergruppen. Vom Kollegen Brey wurde kritisiert, daß für die erwerbslosen Arbeiter der Baukofferzeugung, dem Baugewerbe, der Gärtnererei u. a. Berufsgebeten die Unterstützungsdauer auf 28 Wochen durch die letzte Verordnung begrenzt sei. Wie in normalen Wirtschaftsjahren im Frühjahr einsetzende Belegung des Arbeitsmarktes in den Baustoff-Industrien ist in diesem Krisenjahr völlig ausbleiben. Noch jetzt, kurz vor Beginn des Sommers, liegen die Baustoff-Industrie und das Baugewerbe fast völlig brach. In der Gärtnererei und in der Landwirtschaft herrscht ein Überangebot von Arbeitskräften, die die Möglichkeit, Arbeit zu erhalten, so selten macht, wie den Gewinn des großen Lohnes. Es ist dringend notwendig, die geringsten Ausnahmegestimmungen anzusehen. Die Befestigung dieser Ausnahmegestimmungen wurde von dem Ministerialdirigenten, Herrn Doktor Weigert, namens des Arbeitsministeriums für die Baukofferzeugung und für das Bau-

gewerbe auch bestimmt in Aussicht gestellt. Für die Gartenbaubetriebe ist eine nochmalige Überprüfung angefragt. Dessenfalls führt diese zu einer sozialen Interessen der Gärtnerarbeiter gerechtwerdenden Lösung.

Für unsere in der Baustoff-Industrie tätigen Kollegen aber steht die Befestigung der Ausnahmegestimmungen bestimmt zu erwarten.

### Zahlstellenkonferenz des Gaus 16 (Süd Düsseldorf)

Auf den alljährlich stattfindenden Tagungen der Zahlstellenleiter ist Rechnung über die in der Berichtszeit geleistete Arbeit und deren Erfolg abzuliegen, sind aufzutretende Mängel zu besprechen, sind die notwendigen organisatorischen Maßnahmen zu beschließen. Dieses hat auch die für den 29. und 30. Mai nach Düsseldorf einberufene Konferenz der Zahlstellenleiter für den Gau 16 getan.

Anwesend waren: Kollege Brey als Vertreter des Hauptvorstandes, 1 Gauleiter, 8 Mitglieder des Gauvorstandes, 4 Gaubeiratsmitglieder und 20 Delegierte aus 18 von 30 Zahlstellen.

Von Geschäftsbericht für das Jahr 1925 erstattete Kollege Heering, der auf die hinter uns liegende Zeit blickte, die darüber schwersten Schaden der Organisation im Gau 16 zugefügt habe. Diese schädlichen Folgen haben auch bis heute noch nicht behoben werden können. Der in den Jahren 1923 und 1924 erlassene Mitgliederberichtsbescheid im Berichtsjahre nicht ausgeglichen werden können, denn die im Laufe des Jahres eingetretene scharfe Wirtschaftskrise habe der anfänglich günstigen Entwicklung entgegengestanden. Doch könne diese Krise nicht als einzige Ursache für die unbestriedende Gestaltung der Mitgliederbewegung bezeichnet werden. Es müssen alle Anstrengungen gemacht werden, um die Neuwirkungen an die Organisation zu festigen. Im Berichtsjahre konnten von den über 6000 Neuwirkungen nur 1200 an Zuwachs gebucht werden, was zeigt, daß Mängel bestanden, die beseitigt werden müßten. Wenn die Möglichkeit bestanden wäre, trotz Wirtschaftskrise, trotz der am Aben und an der Ruhr besonders gelagerten Verhältnisse und des darüber schwer zu bearbeitenden Gebietes Erfolge in der Agitation zu erzielen, dann müßte alles gefehlen, am diesen Wieder- und Neugewonnenen die Notwendigkeit der dauernden Organisationszugehörigkeit beizubringen. Woll in den früheren Jahren in fast allen Zahlstellen des Gaus freigestellte Kollege die Hauptarbeit für den Verband geleistet hätten, könnten sich sehr viele Vertrauensleute an selbständige Tätigkeit noch nicht gewöhnen. In einem Teil der Zahlstellen ohne Angestellte habe aber auch beobachtet werden können, daß jetzt, nachdem angestellte Kollegen nicht mehr tätig seien, eine erfreuliche Besserung eingetreten ist. Das in dem vom Hauptvorstande abgehaltenen Kursus Gelehrte berechnete zu der Hoffnung, daß nimmere auch die Funktionäre, die an dem Kursus teilgenommen haben, die Aufklärung im größeren Maße vermitteln und sehr viel zur Festigung des Verbandes beitragen können. Diese Kollegen müßten unbedingt aus ihrer Reserve heranzuführen. Auch seitens der Gauleitung seien solche Kurse veranstaltet worden, auf denen im beschränkten Umfang die wichtigsten Gebiete der Gewerkschaftsbewegung behandelt wurden. Die Gauleitung erwarte, daß von dieser Einrichtung viel mehr Gebrauch gemacht würde. Von allen Zahlstellen, in denen bis jetzt die Vorträge gehalten worden seien, hätten sich die Kollegen zumteil genähert. Besonders in den ländlichen Gebieten, wo die Tätigkeit für den Verband noch schwieriger als in den übrigen Gegenden des Gaubereiches sei, sollen die Zahlstellenleitungen von dem Gebotenen Gebrauch machen. Der Berichtsteller wies sodann auf die Erleichterung der zwei Bezirksleiterstellen hin. Über die organisatorische Zweckmäßigkeit könne ein abschließendes Urteil noch nicht gegeben werden. Bei Beurteilung dieser Frage müsse beachtet werden, daß in diesen Gebieten ein sehr steiniger Boden zu beackern sei. Bestimmte Vorankünfte im Gau veranlassen den Redner, darauf hinzuweisen, daß der Verwaltungsarbeit größte Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse und daß vor allen Dingen die Revision in ihrer Pflicht, die Kassen regelmäßig zu prüfen, nicht aus hiesiger Rücksichtnahme auf die Kassierer skunkig werden dürfen. Zur Marktsicht bestche für uns gar keinerlei Anlaß. Den Blick voller Hoffnung auf die Zukunft gerichtet, alle Kräfte angestrengt und es werde dann bald über einen besseren Stand der Organisation, über bessere Tarif- und Arbeitsverhältnisse berichtet werden können, so schloß Kollege Heering den mit Beifall aufgenommenen Bericht.

In der Aussprache wurden die Verhältnisse in einigen Zahlstellen besprochen und verlangt, daß der Organisationsstand der Jugendlichen größerer Aufmerksamkeit zugewandt werde. Es wurde festgestellt, daß zwischen Gauleitung und Gauvorstand sehr ein reibungsloses Zusammenarbeiten möglich gewesen sei und von allen Rednern zugestanden, daß trotz aller Widerstände die größten Anstrengungen gemacht werden müßten, um die Organisation kampffähig und arbeitsfähig zu erhalten.

Über die Tarifgestaltung in der Ziegelindustrie, rheinisches und rheinisch-westfälisches Tarifgebiet, sprach ebenfalls Kollege Heering. Die Notwendigkeit der besonderen Behandlung der Verhältnisse in der Ziegelindustrie ergab sich aus wichtigen Vorkommnissen in der letzten Zeit. Nachdem von einem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums ein gemachter Vermittlungsorschlag, der in der Spitze einen Stundenlohn von 87 Pf. vorschlug, von dem weitaus größten Teil unserer Mitglieder abgelehnt worden war, hat das Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs nicht ausgesprochen. Gelegenheit der in Köln für das rheinische Tarifgebiet abgehaltenen Verhandlungen war darauf hingewiesen worden, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Westfalen den Vorschlag von 87 Pf. pro Stunde angenommen hätten. Die Folge dieser Erklärung war, daß die Verhandlungen im rheinischen Tarifgebiet völlig losgerissen sind. Später habe sich dann herausgestellt, daß innerhalb des christlichen Verbandes Uneinigkeit bestanden habe. Ein Vertreter dieser Organisation habe dem Arbeitgeberverband gegenüber die Annahme des Vergleiches ausgesprochen, während der andere Vertreter dem Reichsarbeitsministerium gegenüber sich schriftlich ablehnend geäußert habe. Hierdurch seien die Ziegelkollegen schwer geschädigt worden.

Den Bericht von der Verbandstreffenführung gab der Kollege Kirberg (Düsseldorf). Er wies insbesondere auf die Gründe hin, die Hauptvorstand und Verbandsbetriebe zwingen, zunächst den Extrabeitrag und dann später die im „Proletarier“ veröffentlichte neue Beitragsregelung zu beschließen. Lediglich um den arbeitslosen und kranken Mitgliedern Treue zu bewahren, haben sich beide Instanzen zu der Einführung der neuen Beitragsregelung veranlaßt gesehen. Nachdem die Kollegen Brey und Heering sich ausgiebig über diese Fragen ausgesprochen hatten, entspann sich eine sehr lebhafte Diskussion. Obwohl fast alle Redner hierzu trotz der zwingenden Notwendigkeit einer höheren Beitragsleistung Bedenken geäußert hatten, wurde eine Entschädigung einstimlig angenommen, in der die Zahlstellenleiterkonferenz zum Ausdruck brachte, daß der Extrabeitrag und die Einführung der neuen Beitragsregelung für notwendig gehalten und gebilligt werden und die Funktionen sich verpflichtet halten müßten, die Durchführung der beschlossenen Beschlüsse zu gewährleisten.

Sodann sprach Kollege Brey über die allgemeine Wirtschaftslage. Im vorigen Jahre sei eine schwere Krise unerwartet über uns hereingebrochen. Gewisse Voraussetzungen für eine Besserung der Wirtschaftslage seien aber vorhanden. Die Aussicht wäre nicht unerschöpflich gewachsen, eine Steigerung der Produktivität sei zu verzeichnen, auch die Kapitalverhältnisse hätten sich wesentlich gebessert, so daß man sich annehmen könne, daß sich die Wirtschaft in Deutschland bessern werde. Wenn diese erwartete Besserung nicht eingetreten sei, so wäre dieses auf die Weltwirtschaftslage, auf



**Die Handels- und Vertriebsabteilung** auf die im Zusammenhang mit dem Absatzgeschäft der sogenannten Wirtschaftskrisen für den Export nach den verschiedensten Gegenden, auf die Produktion der Rohstoffe im Innern zurückzuführen. In der letzten Frage, das Verhalten der Preispolitik der Kartelle, Syndikate und Kartellverbände, die die Wirtschaft seit dem ersten Weltkriege in Bezug auf Produktion und Vertriebsabteilung befreit werden, wodurch die Produktion, das Geschäft gemacht worden ist. Die Wirtschaft hat sich zu fördern, daß die Arbeiterschaft auf den gegebenen Produktionsbedingungen in Einklang gebracht, daß die Preise gestiegen werden, um die Produktion im Innern zu haben und den Absatz für die Produktion zu schaffen. Das Arbeitsverhältnis könnte nicht allein durch Unterwerfung gelöst werden, es seien vielmehr ausreichende Mittel für die Inangriffnahme von größeren Arbeiten bereitzustellen. Die Krise könne durch diese Maßnahmen zwar nicht völlig behoben, aber bedeutend abgemildert und gemindert werden. Ferner müßte ein Kontrollrat über die Steuern der Selbstständige eingeführt und eine Handels- und Vertriebsabteilung geschaffen werden, die eine Abtragung der Zollern und eine internationale Verständigung ermöglicht.

Nach einem Bericht über den Verlauf der Lösung und aufmerksamen und entsprechenden Schlußworten des Kollegen Heering wurde die Verhandlung geschlossen. Anschließend fand eine Besichtigung der Gesellschaftsstellung statt. Heinrich Treichel.

	Reingewinn in engl. Pfund		Goldende in Proz.	
	1925	1924	1925	1924
Batavia Selangor Rubber	21 075	4 727	74	16%
Esch's Rubber (F. M. S.)	36 129	6 023	55	7%
Kapar Para Rubber Estates Co.	53 379	13 081	45	5
Grand Central (Ceylon) Rubber Estates Ltd.	842 810	37 255	27%	5
Bukit Sembawang Rubber	82 102	17 171	22%	7%
Strathmore (F. M. S.) Rubber Estates Ltd.	43 862	11 528	40	12%
Daher-Darlan Rubber Estate Ltd.	78 863	14 389	27%	7%
Alhambra Rubber Plantations Ltd.	30 511	2 417	20	4 1/2
Rafflesia Rubber Estate Ltd.	54 278	8 268	25	7
Consolidated Malay Rubber Estates Ltd.	66 100	9 045	60	10
Oriental Rubber Co.	51 357	9 009	20	4

Diese Gewinne charakterisieren so recht den Wahnsinn der profitkapitalistischen Gesellschaft. Ungeachteter Arbeiterfamilien ist es kaum möglich, ihren Kindern die einfachsten Gummiwaren kaufen zu können. Den Kindern der Armen wird für die Schulausführung die Beschaffung von Gummitüchern und Gummibedarfsmitteln erschwert. Viele hauswirtschaftliche Bedarfsgegenstände aus Gummi müssen zu kaum erschwinglichen Preisen erworben werden und die Industrie vertreibt die Waren, indem sie für ihre technischen Maschinen, Werkzeuge aus Gummi übermäßig hohe Preise zahlen muß. Alles, um einer Handvoll Gummiplantagenbesitzer den Gewinn zu teilen. O. Haupt.

robusten Beamten gegenüber auch machtlos? Es ist zu hoffen, daß auch von dieser Seite gefordert wird, daß der Ton und Umgang mit Menschen ein anderer wird. Es ist nicht notwendig, daß bei den verschiedensten Vorkommnissen, die in einer großen Fabrik wohl nie zu geschehen sind, sich der einzelne Vorgesetzte den Untergebenen gegenüber einer sehr unbilligen Ausdrucksweise bedient.

Leider ist es nicht nur dieser Herr, über den sich die Belegschaft zu beklagen hat, es sind noch verschiedene andere Herren in der Fabrik, die glauben, die einzelnen Arbeiter nicht anders als Schweine, Schweinehändler, u. s. w. bezeichnen zu müssen. Es ist fesselnd, daß sich sogar Betriebsdirektoren hinstellen lassen, sich derartiger Ausdrücke zu bedienen. Die Belegschaft und ganz besonders die Betriebsleitung hat den dringenden Wunsch, die Generaldirektion möge dafür sorgen, daß andere Umgangsmethoden Platz greifen. Es spricht nicht von Gerechtigkeitsgefühl, wenn der einzelne Arbeiter, der aus irgendeinem Grunde eine Entschuldigung oder Rechtfertigung vorbringen will, mit den gemeinsten Ausdrücken belegt wird oder sofortige Entlassung zu gewärtigen hat. Kaum eine Lohnwoche vergeht und dieser oder jener Arbeiter wird freilos entlassen. Jeder einzelne Vorgesetzte, vom Vorarbeiter bis zum Betriebsdirektor, läßt an der Belegschaft keine Launen aus. Beschränkt man sich auf andere Fabriken, so findet man, daß ein Herr die gleiche Art ihrer Sache unglückliche Menschen brauchen bekämpft. Hilfloze, ihrer Sache unglückliche Menschen brauchen bekämpfen, und aus jedem Helfer wird zum Schluß ein Diktator oder Tyrann. Die Belegschaft aber ist der Leidtragende. Aber die kleineren und ganz kleinen Vorgesetzten soll heute weiter nichts gesagt werden. Aber als Warnung mögen diese Herren sich dienen lassen, daß eine Rückwärtsentwicklung möglich ist, wenn die Dinge so weiter laufen sollen wie bisher. Die Belegschaft kann und wird sich auf die Dauer nicht gefallen lassen, von Beamten, Werkführern, Vorarbeitern u. s. w. geschimpft zu werden. Die Belegschaft wünscht in Ruhe und Ordnung mit der Firma zu leben. Wenn man glaubt, den allbekanntesten „Alten-Herr-im-Hause-Standpunkt“ unter allen Umständen herauskehren zu können, so soll für die leitende Direktion kein Zweifel darüber bestehen, daß jede ungerechte und herabsetzende Behandlung der Belegschaft ihren Widerhall dort findet und Dinge heraufbeschwört, wofür die Verantwortung auf die zurückfällt, die es so gewollt.

Die Belegschaft der Zellstoffabrik Wörschaffnung hat bislang ganz bestimmt jede nur denkbare Rücksicht gegen die kritisierten Vorgesetzten walten lassen. Wenn aber einzelne Herren glauben, die Zellstoffabrik Wörschaffnung mit Hinterkäse zu versehen, so irren sie sich. Die Belegschaft ist organisiert und wird sich zu wehren wissen. Wenn diese Herren mit Menschen und ordentlichen Arbeitern nicht umgehen vermögen, so ist ihnen demnächst beim Erscheinen des Julius Bach Gelegenheit geboten, sich dort als Löwen- oder Krokodilskandidaten zu melden. Eine alle trennende Arbeiterschaft, wie sie die Firma A. G. der Zellstoff- und Papierfabrikation Wörschaffnung aufzuwerfen hat, wünscht menschliche Behandlung.

Der gebildetste Mensch ist derjenige, welcher in der Schule des Lebens die meiste Gelegenheit gefunden hat, sich selbst zu überwinden. Dieser Wahrspruch möge für die Leitung der Zellstoffabrik baldigt Geltung erlangen!

**AAA Aus der Industrie**

**Chemische Industrie**

**Aus der Rönner Sprengstoff-Industrie.**

Auf der Rönnerfabrik in Schleibach hat die kürzlich statt gefundene Explosion dazu geführt, ein neues Menghaus in Betrieb zu nehmen. Dabei zeigt sich wieder, daß die getroffenen Neuerungen, die auf das bestehende Akkordsystem nicht gut anwendbar sind, durch Mehrarbeit und größere Arbeitsintensität von den Arbeitern getragen werden sollen. Vom Gefahrenstandpunkt aus ist es nur zu begrüßen, wenn größere Sicherungen getroffen werden. Die Gebäude liegen jetzt viel weiter von einander entfernt, und man rechnet damit, daß bei eintretenden Unglücksfällen ein Übertragen auf andere Menghäuser ausgeschlossen ist. Das ist schön und gut. Es berechtigt die Direktion aber nicht dazu, die Akkordsätze zu verschlechtern. Der Akkordkolonne wurde im neuen Menghaus zu den alten Akkordsätzen ein Mann beigegeben, der denselben Lohn bekam wie die Arbeiter in der Mischkolonne, wurde also von der Firma bezahlt. Nach einer gewissen Zeit wollte aber die Firma den Arbeiter, den sie ins Menghaus gestellt hat, nicht mehr selbst bezahlen, sondern er soll an dem Gesamtkolonnendienst der Akkordarbeiter teilnehmen. Also die Neuerrichtung des Menghauses bringt für die Akkordarbeiter mehr Arbeit, die Firma erkennt das auch an, stellt einen besonderen Mann ein und verlangt nun nach einiger Zeit, daß der Arbeiter mit von dem alten geltenden Akkordsatz bzw. von dem erzielten Akkordverdienst der Akkordarbeiter bezahlt wird. Das sind Dinge, die der Aufsichtende vielleicht gar nicht so schwer empfindet. Aber wer die Arbeitsweise in der Sprengstoffindustrie kennt, wo alles bis aufs kleinste ineinander greift, der wird die große Gefahr erkennen, welche die Arbeitsweise, im Akkord Sprengstoffe herzustellen, für die Arbeiter in diesen Betrieben mit sich bringt. Es kommt aber leider in den Sprengstoffbetrieben in erster Linie der Profit und nicht das Leben und die Gesundheit der dort schaffenden Menschen in Betracht. In der Mühle für gelatinöse Sprengstoffe (Dynamit 85 Prozent) hat man den Akkordsatz von 1,44 Mk. auf 0,85 Mk. herabgesetzt mit der Begründung, es brauche nur die Hälfte an Zinnpulver bei 100 Kilogramm Mischung zum Menghaus geliefert zu werden. In der Dynamitfabrik in Schleibach hat man denselben Abzug vorgenommen. Die heutigen Verdienste der Sprengstoffarbeiter liegen noch weit unter den Sätzen der Vorkriegszeit. Es ist aber erklärlich und menschlich zu verstehen, wenn die Akkordarbeiter, die dauernd vorgenommen werden, ganz besonders mit dazu beitragen, daß nicht mit der notwendigen Sorgfalt gearbeitet wird und die gesetzlichen Vorschriften nicht immer befolgt werden.

Eine Betriebsversammlung hat sich mit diesen Zuständen beschäftigt und die örtliche Verbandsleitung aufgesordert, dem Arbeitgeberverbande folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Die Sätze im Menghaus werden um 15 Prozent erhöht; 2. In der Mühle für gelatinöse Sprengstoffe wird pro Mischung 1,44 Mk. bezahlt. Nach längeren Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband wurde erreicht, daß die unter Punkt 2 aufgeführten Forderungen erfüllt werden. Über die Erhöhung der Sätze im Menghaus soll nach einer Betriebsbesprechung endgültig verhandelt werden. Die Arbeiterschaft ist in diesem Betrieb zu 80 Prozent organisiert und ist unter keinen Umständen gewillt, sich noch weiter unter die Verdienste der Vorkriegszeit drücken zu lassen. Das gute Organisationsverhältnis ist aber das beste Mittel, um eine höhere Bewertung der menschlichen Arbeitskraft in der Sprengstoffindustrie durchzusetzen. Unsere Parole ist und bleibt aber nach wie vor: Fort mit der Akkordarbeit in der Sprengstoffindustrie! P. Herzig.

**Nochmals das Explosionsunglück in Hasloch.**

Unserem Bericht über das Explosionsunglück in der Pulverfabrik Hasloch a. Main haben wir noch nachzutragen, daß dieses Unglück nicht das erste ist, das sich in dieser Fabrik ereignet hat. Im Jahre 1893 kamen bei einer Explosion 3 Arbeiter zu Tode, acht Jahre später, im Jahre 1901, waren wieder 3 Tote durch einen Brand zu beklagen und im Jahre 1913 verunglückten bei einer Explosion 2 Arbeiter tödlich. Es ist dieselbe Erscheinung, wie in der gesamten Sprengstoff- und Pulverindustrie, daß von Zeit zu Zeit einige Arbeiter für die Interessen der Unternehmer ihr Leben lassen müssen. Wird ein solches Unglück bekannt, horcht die Öffentlichkeit einen Augenblick bestürzt auf. Sehr bald wird aber die Katastrophe vergessen. Die Unternehmer bearbeiten dann die öffentliche Meinung, daß ihre Betriebe gefahrlos sind. Kommt ein neues größeres Unglück, wird das Zusammentreffen unvorhergesehener verschiedener widriger Umstände, höhere Gemalten oder leichtfertige Arbeitsweise der Arbeiter dafür verantwortlich gemacht. Da bei den Explosionskatastrophen in der Sprengstoffindustrie regelmäßig die beteiligten Arbeiter zugrunde gehen und die Ursachen nicht nachgeprüft werden können, weil der Explosionsherd ebenfalls vollständig vernichtet wird, kann den Unternehmern auch bei großer Vernachlässigung ihrer Pflicht niemals eine Schuld nachgewiesen werden.

Nach dem neuesten Unglück in Hasloch wird die Aufsichtsbehörde nachzuprüfen haben, ob die Lagerung der Schießpulver in nächster Nachbarschaft des Rodranes den gewerbetätigen Betriebsvorschriften für die Pulverindustrie entspricht. O. Haupt.

**Rohgummi-Wesengemiane.**

Wir haben im „Proletarier“ Nr. 20 vom 15. Mai bereits auf die abnorm hohen Gewinne zweier Pflanzungsellschaften hingewiesen, die 100 und 80 Prozent Dividende verteilten. Wir knüpfen daran die Bemerkung, daß sich das Geschäft wahrscheinlich für die gesamten Rohgummi-Wesengemiane ebenso gestalten würde. Nunmehr bringt die „Summi-Zeitung“ vom 21. Mai eine Aufstellung, wonach die Dividende bei den betreffenden Gesellschaften seit 1924 um 400 bis 900 Prozent gestiegen ist. Die nachfolgende Aufstellung bringt die fabelhaften Ziffern über Reingewinn und Dividende von 1925 gegenüber 1924, ohne daß daraus hervorgeht, wie hoch das Aktienkapital ist. Es erzielens:

**Benutze**



**unfallsichere Holztritte od. Leitern**

**Papier-Industrie**

**Die leistungsfähigste Anlage Europas.**

Dem im Wochenblatt für Papierfabrikation erschienenen Geschäftsbericht der Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke, A.-G., zu Scholmin b. Steftin für das Jahr 1925 entnehmen wir folgende Sätze:

Im vergangenen Jahre waren unsere sämtlichen Werke voll beschäftigt. Im Mai des Berichtsjahres kam unsere neue Druckpapierfabrik in Odermünde mit einer Papiermaschine von 6 Meter Siebbreite, der leistungsfähigsten in Europa im Betrieb befindlichen Anlage, nebst Holzschleiferei in Gang. Der Antrieb dieser Papiermaschine erfolgt durch elektrischen Einzelantrieb, der gleichfalls zum ersten Male auf dem Kontinent ausgeführt wurde. Auch die Erzeugung dieser Neuanlagen konnte untergebracht werden.

Durch die Neubauten der letzten Jahre ist die Produktionsfähigkeit des Unternehmens um annähernd 70 Prozent sowohl bei Zellstoff wie bei Druckpapier gesteigert worden. Diese erhöhte Erzeugung abzudecken, war nur dadurch möglich, daß wir durch technische Vervollkommenung unserer Anlagen und dadurch erzielte wesentliche Verringerung unserer Selbstkosten, ebenso wie durch unseren Grundfabrik, stets erstklassige Fabrikate herzustellen, es erreicht haben, auch noch mit Gewinn exportieren zu können.

Trotzdem die „Feldmühle“ nach ihrem eigenen Geständnis den leistungsfähigsten Betrieb der Papiererzeugungs-Industrie Europas darstellt, herrschen gerade in diesem Betriebe die rückständigsten sozialen Verhältnisse. Nach wie vor werden in diesem Betriebe die Arbeiter täglich 10 bis 12 Stunden ausgebeutet zu Hungerlöhnen, die in keinem Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und Rentabilität des Werkes stehen. Infolgedessen genießt die „Feldmühle“ gleichzeitig den Ruf des sozial rückständigsten Arbeitgeberers in Europa. O. Stähler.

**„Schweinehändler, Sanner, Spießhütten“**

Unklarheit, aber wahr ist, daß in der Zellstoffabrik Wörschaffnung gewisse „gebildet“ sein wollen. Herren als Vorgesetzte den alten Arbeitern gegenüber in letzter Zeit einen Ton anschlagen, der besser „Sauherdenton“ genannt wird. Eine Arbeiterschaft, wie die der Zellstoffabrik Wörschaffnung, die zu 50 Prozent eine 30-40jährige Dienstzeit hinter sich hat und die gewiß jederzeit mit Eingebung und Fleiß dieser Firma ihre Arbeitskraft geben, verdient eine andere Behandlung, als sie dort zu finden ist. Ganz besonders ist es ein sehr jugendlicher Betriebsleiter Herr Reiffen, der in seinen zünftigen Ausdrücken freigeig ist wie ein Löwenkandidat. Wer ist dieser Herr Reiffen? Ein junger, kaum 30 Jahre alter Ingenieur, der während der Inflationszeit von hohen Löhnen nach Bayern importiert und zum Betriebsleiter in der Papierfabrikation emporkletterte. Wieweil dieser Herr auch papierfachmännische Kenntnisse aufzuweisen hatte, wissen ja alle Arbeiter, besonders die mit Verantwortung betrauten, zur Genüge. Dieser junge Herr hat einen Arbeiter wegen einer geringfügigen Arbeit geprügelt. Der Umstand, daß es ein noch viel jüngerer Arbeiter war, der mit diesem Herrn Reiffen ins Treffen kam, verstoßte ihn vor Rückgabe ebensolcher Behandlung.

Was sich aber Reiffen in den allerletzten Tagen erlaubt, übersteigt alles bisher Dagewesene. Weil aus bis heute unangehörten Ursachen ein Maschinenschiefen entstand, erdreiste sich dieser Herr, vier alte Arbeiter in einer ganz gemeinen jeden Anstandes abweisigen Weise mit den Worten zu beschimpfen: „Ihr Spießhütten, Sanner, Schweinehändler u. s. w.“ Reiffen sagte, es er ganz blau vor Aufregung wurde. Was sagt zu einem solchen Vorgehen die Generaldirektion? Will Herr Direktor Stroh als verantwortlicher Leiter dieses Werkes diesen Beamten decken? Soll die Belegschaft glauben, daß die Direktion, solche ungezogene Redensarten eines Vorgesetzten dabei und kein Eingreifen mag? Wo ist denn der Angefaltener? Sollen diese Herren überhaupt solche Angefaltener denken zu können? Oder ist der Angefaltener selbst schon

**Industrie der Steine und Erden**

**Ein Blick in die keramischen Werke A.-G., Zwickau.**

Seit der Umfassung der Firma Fr. Chr. Fikentscher, Chemische und Steinzeugwarenfabrik, Dampfziegel, in eine Aktiengesellschaft unter dem Namen „Keramische Werke A.-G. in Zwickau“, hat sich auch innerhalb des Betriebes eine starke Wandlung zum Nachteil der dort beschäftigten Arbeiter vollzogen. Da diese Vorgesetzte teilweise recht starke Auswirkungen auf einzelne Belegschaftsmitglieder ausgelöst haben, erscheint es notwendig, sich damit in der Öffentlichkeit zu beschäftigen.

Daß die Firma aus dem Arbeitgeber-Verband ausgestiegen ist, wäre nach dem Erträglichkeit. Daß man aber einer Persönlichkeit, wie dem Herrn Werkmeister Max Kuhn aus Lannhof, das Jopfer zum Regieren in die Hand gegeben hat, macht den seit einem Menschengalter im Betriebe eingestellten Arbeitern — und das ist der größte Teil der circa 200 Mann starken Belegschaft — das Leben und die Arbeit zur Hölle. Wie es Herr Kuhn bestimmt, so werden alle Maßnahmen durchgeführt, ohne Rücksicht auf die im Dienste des Werkes engarbeiteten Arbeiter. So hat es dieser Herr Werkmeister verstanden, bei der Wiedereinstellung des stillgelegten Betriebes nach der Inflation viele ältere eingeordnete Arbeiter bei der Wiedereinstellung auszuschließen. Ganz nach dem Motto: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen!“

Es ist ja begreiflich, daß dieser Herr Kuhn sich mit seiner Autorität bei den Leuten, mit welchen er früher als gleichgestellter Arbeiter an einem Strang zog und auf Haj-Fuß stand, nicht so durchzusetzen vermochte, als bei seinen jetzigen treubehaftigen Freunden, denen er in auffällig entgegenkommender Weise Aufnahme im Betriebe besorgte, unter Umgehung einer mit der gesetzlichen Arbeitervorteilung und der Betriebsleitung getroffenen Vereinbarung alle Entlassenen zunächst wieder einzustellen. Die Zugehörigkeit zur Deutschen Turnerschaft spielte dabei eine wichtige Rolle. Die Umgehung dieser Betriebsvereinbarung wurde damit entschuldigend, daß diese keine Gültigkeit mehr habe, weil der frühere Direktor, Herr Kommerzienrat Paul Fikentscher, welcher sie antwortete hatte, inzwischen verstorben war.

Bei Einführung des Akkordsystems wurden die Akkordlöhne so gehalten, daß es der Arbeiterschaft dabei nicht zu wohl ergehen darf. Erklärten sich der Arbeiterrat oder die Arbeiter selbst, die den tarifmäßigen Akkordlohn nicht verdienten, deshalb vorzeitig zu werden, so wurden sie kurzerhand abgemietet. Was sich aber nun die Betriebsleitung und der Meister Kuhn neuerdings erlauben, verdient ganz besonders beachtet zu werden. In der Arbeitsordnung ist eine Bestimmung festgesetzt, welche Arbeitern, die in eine andere Abteilung versetzt werden, den Lohn ihrer bisherigen Gruppe zugesichert. Diese Bestimmung wird nun durch Eingekaufene, wenn es sich um Versetzung in eine höher bezahlte Gruppe handelt, Erfolge Versetzung in eine niedriger bezahlte Gruppe, so wird auch gleich der Lohn danach bezahlt. So arbeiten verschiedene Arbeiter schon seit circa einem halben Jahr in einer höher einstufigen Gruppe. Anfangs glaubten diese Arbeiter, es handle sich um eine vorübergehende Maßnahme. Als sie jedoch bemerkten, daß dies ein Dauerzustand sein sollte, wurden sie vorzeitig bei Herrn Kuhn, aber ohne Erfolg. Daraufhin wendete sich der Arbeiterrat an die Betriebsleitung, die auch Untersuchung der Sache zur Sache. Nach erfolgter Untersuchung gab Herr Kuhn dem Arbeiterrat bekannt, daß die Betriebsleitung gemäß sei, die fraglichen Löhne zu bezahlen, jedoch könnten die betreffenden Arbeiter dann nur zwei Tage in der Woche beschäftigt werden. Wenn sie aber für den niedrigen Lohn weiter arbeiten würden, könnten sie drei Tage arbeiten.

Also, Arbeiter bei Fikentscher, wenn ihr eare Arbeitskraft höher verkaufen wollt, als vertraglich festgelegt, dürft ihr auch gewöhnlich länger arbeiten. Die wöchentliche Arbeitszeit ist aberhaupt recht unterschiedlich eingeteilt. Sie beträgt 2, 3, 4, 5 oder 6 Tage. Es gibt sogar Überstunden und Doppelschichten. Letztere sind sogar an der Tagesordnung. Erst kürzlich arbeiteten Leute 28 Stunden hintereinander, und zwar von Sonnabend früh 6 Uhr bis Sonntag vormittag 10 Uhr. Es kommt eben sehr viel darauf an, mit welcher Intensität der einzelne bei Herrn Kuhn eingetrogen ist. Wie Herr Kuhn selbst noch Arbeiter war, war bei ihm eine Aufstellung von Arbeitsscheitern wahrzunehmen, die auf seiner heutigen nicht übereinstimmt. Sicher festzustellen wäre das 3. S. aus der Staatsanwaltschaft folgende Frage: Wenig Arbeitszeit wurde benötigt bei der Reparaturarbeit an einer Feuerkammer in früherer Zeit, 3 S. als Herr Kuhn noch mit angerte . . . und wie viel heute?? Ganz besonders bezeichnend ist, daß Herr Kuhn als Angefaltener Mitglied des Betriebsrats ist.



Preispolitik im Ralk-Syndikat.

Das die Preispolitik in den Kartellen und Syndikaten auf Hochhaltung der Warenpreise abgestellt ist, wird von den Kartell- und Syndikatsmitgliedern immer beklagt.

Für ein Beispiel von vielen. Die Firma Kalkwerke Schöfer, Diez a. d. Lahn, welche die größten Kalkwerke im Ralksyndikat Westlung besitzt, ist aus diesem ausgefallen.

Verschieden. Industrien

Neuer verbindlicher Rahmenvertrag für die Sebnitzer Blumen-Industrie.

Die Arbeitgeber der Blumenindustrie hatten die Rahmenverträge mit der Absicht, Verschlechterungen für die Arbeitnehmer herbeizuführen, gekündigt.

Mit der Kündigung der Blumenindustrie war es bisher noch nicht möglich, einen neuen Rahmenvertrag zu schaffen.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Unterbrechungen unter § 7 der Arbeitszeitverordnung.

Der § 7 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 bestimmt, daß die tägliche arbeitsfähige Arbeitszeit weder durch

In seinen Sitzungen am 26. und 27. Mai d. J. hatte der Sozialpolitische Ausschuss des Reichsarbeitsministeriums die Aufgabe, ein Gutachten zu erlassen, welche Arbeitergruppen in

I. Aluminiumhütten.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichsarbeitsministeriums gab sein Urteil dahin ab, daß die Aluminiumarbeiter dem § 7 der Arbeitszeitverordnung zu unterliegen seien.

II. Dampfkesselbetriebe.

Die Entscheidung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichsarbeitsministeriums in dieser Frage lautet folgendermaßen: Dampfkesselbetriebe: Die Kesselheizer in Kesselhäusern, die

Kesselheizer sind dem § 7 der Arbeitszeitverordnung zu unterstellen.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichsarbeitsministeriums hat die Aufgabe, ein Gutachten zu erlassen, welche Arbeitergruppen in

Dieser Beschluß gilt auch für Kesselwärter, soweit deren Tätigkeit gleich derjenigen der Kesselheizer ist und deshalb nur eine andere Bezeichnung darstellt.

Durch diesen Beschluß hat der Sozialpolitische Ausschuss dem Reichsarbeitsminister empfohlen, das Bedienungspersonal der Dampfkessel in kontinuierlich betriebenen Kesselhausanlagen dem § 7 der Arbeitszeitverordnung zu unterstellen, und die Unterstellung für die Arbeiter in einschichtig betriebenen Kesselhausanlagen wegen Überwindung der technischen Schwierigkeiten in absehbarer Zeit endgültig vorzunehmen.

III. Glashütten.

In Glashütten empfiehlt der Sozialpolitische Ausschuss dem Reichsarbeitsminister, folgende Arbeitergruppen dem § 7 der Arbeitszeitverordnung zu unterstellen:

Schmelzgehilfen, Schlichter, Glasbläser, Glaspresse, Glasmacher an Maschinen mit Ausnahme der vollautomatischen Maschinen, Glasmacher ohne Maschinen, Glasleger, Strecker, Einträger, Trocken- und Nachschleifer, Äher, Gemengemacher, sofern sie überwiegend mit Gemengemachen beschäftigt sind, Arbeiter an Kollergängen ohne genügenden Staubschutz, sofern sie überwiegend daran beschäftigt sind, Arbeiter in Sälen- und Steinstuben, wenn in ihnen die Trocknung der Säfen und Steine länger erfolgt, als es zu ihrer Transportfähigkeit in den eigentlichen Trockenschmelzen notwendig ist, Arbeiter am Sandgebläse ohne genügenden Staubschutz, sofern die Beschäftigung daran den überwiegenden Teil der Schichtdauer ausfüllt.

Dieser angenommene Antrag erfährt eine Einschränkung durch nachstehenden Beschluß:

In dem gefassten Beschluß, soweit er sich nicht ausdrücklich auf Hafensofenbetriebe bezieht, wird zusätzlich beschlossen, daß dem Herrn Reichsarbeitsminister anheim gestellt wird, für die Hafensofenbetriebe zeitlich befristete Ausnahmen bis zu einjähriger Dauer zuzulassen.

In dem Herrn Reichsarbeitsminister liegt es nun, auf Grund dieser Beschlüsse die Unterstellung der in Frage kommenden Arbeitnehmer unter dem § 7 der Arbeitszeitverordnung vorzunehmen.

Frauenfragen.

Was wir brauchen - -!

Wir brauchen Männer, ein starkes Heer! Doch soll unser Volk zum Leben gesund, dann brauchen wir mehr! Soll warm und licht es werden um uns her, sollen alte Wunden heilen, dem Kinde die Kindheit im Sinne des Wortes wiedergegeben werden, der Jugend Halt und Hort, dem Staate Stärke und Zukunft, dann brauchen wir Frauen.

Wir brauchen Frauen, die stark und mutig genug sind, den Kampf für ein höheres Menschentum zu wagen, die sich selbst vergessend, im Dienste des Volkes kämpfen, für Freiheit, Gleichheit, Menschenrecht.

Wir brauchen starke, selbstbewußte, mutige Arbeiterfrauen!

Kollegin, vor die Front!

Ohne die Frauen kein Sieg beim Volksentscheid! Diese wenigen Worte müßten jede Frau zum Nachdenken zwingen und ihren Ehrgeiz zur Tat herausfordern.

Zum erstenmal soll in Deutschland durch Volksabstimmung ein Gesetz zustande kommen, ein Gesetz von weittragender Bedeutung. 20 Millionen Stimmen müssen dazu aufgebracht werden.

Noch viele Gründe könnte ich anführen, um zum Ausdruck zu bringen, wie bitter nötig es ist, die Front zu verschieben, die uns den Sieg beim Volksentscheid sichern soll.

Stell dich in Reih' und Glied, das Ganze zu verschieben. Mag auch, wer's Ganze sieht, dich nicht darin bemerken. Das Ganze wirkt, und du bist drin mit deinen Werken. Stell dich in Reih' und Glied und schreie dich den Scharen, und teile du nicht den Ruhm, so teile du die Gefahren.

Eine Kollegin.

Rundschau.

Im Verbanne von Seife

Ist man der Auffassung eines Volkes weichen können. Ländlich, hübsch, es gibt auch Gebirge der Erde, wo Reinlichkeit durchaus nicht zum guten Leben gehört.

Einem bisher nur in deutscher Sprache lebenden bei Brochhaus erschienenen Werk 'Der Kampf um den Everest' den guten Rat, sich stets auf der Windseite zu halten, wenn man mit einem Arbeiter spricht, denn diese haben in den Nasen des Europäers eine böse Eigenart, die allerdings durch die rauhen klimatischen Verhältnisse begünstigt und entschuldbar ist.

Berichte aus den Zahlstellen.

Köln. Unsere Generalversammlung fand am 18. Mai im Volkshaus statt. Es waren 85 Delegierte erschienen, außerdem 8 Beiratsmitglieder, 4 Sektionsleiter und die Mitglieder der Ortsverwaltung.

Auf Antrag der Ortsverwaltung wurde beschlossen, in den größeren Betrieben den Vortrag an mehreren Abenden zu wiederholen. Hieraus erstattete Kollege Hertwig den Geschäftsbericht vom I. Quartal. Die Lohnbewegungen sind durch die Wirtschaftskrise mit Ausnahme der Ziegel-Industrie zum Stillstand gekommen.

Aus dem Kassenbericht ist folgendes zu entnehmen: Bei den Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse beträgt der Ausgabebestand 28 752,18 Mk. Gegenüber dem IV. Quartal eine Mehreinnahme von 1200 Mk. Der Hauptkasse konnten noch 8743,88 Mk. überwiesen werden.

Verbandsnachrichten.

Warnung!

Wir warnen die Unterstützungszähler vor dem angeblichen Mitgliede Joseph Spörer, wohnhaft in Neukirchen a. d. S. (7). Er wird beschuldigt, in Amberg (Oberpfalz) bei einer anderen Gewerkschaft Reiseunterstützung durch Einschleicherung der Frau des abwesenden Funktionärs erpreßt zu haben.

Literarisches.

'Büchermärkte' und 'Arbeiterbildung', herausgegeben vom Reichsarbeitsrat für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Das soeben erschienene Jahrbuch der 'Büchermärkte' ist zu einem beträchtlichen Teil der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und sozialpolitischen Literatur gewidmet.

'Caligula' und Wilhelm II. Man muß schon zur älteren Generation gehören, um noch ganz gegenwärtig zu haben, welche Generation in den neunziger Jahren das Erscheinen des Unüberwindlichen 'Caligula' war. Ein Jamal! In wenigen Wochen war die Schrift in mehreren hunderttausend Exemplaren vergriffen.

Georg Wisemann. Das Reichsknappschaffsgesetz in der Praxis. Wichtige Entscheidungen des Knappschaffsgerichts sowie Beschlüsse des Vorstandes des Reichsknappschaffsvereins. Kart. 10 Pf. 1,60 Mk. Industriekamern-Verlag G. m. b. H., Berlin NW 40.